

Krieg in Europa - In der Krise zusammenstehen: Bund-Länder-Pakt für den Zivil- und Katastrophenschutz

Boris Pistorius

Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, den Wladimir Putin entfesselt hat, führt uns vor Augen, dass sich die Sicherheitslage in Deutschland, Europa und der Welt grundlegend verändert hat. Klassische **Landesverteidigung**, wie wir sie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr im Vordergrund sahen, wird wieder zu einer zentralen Aufgabe. Diese müssen wir im Verbund mit den europäischen Partnern und den Verbündeten in der NATO entschlossen wahrnehmen. Allerdings zeichnet sich die Bedrohungslage in dieser neuen Zeit nicht allein durch die militärische Konfrontation in Osteuropa aus. Vielmehr ist von einer mehrdimensionalen und **multiplen Gefährdung** der inneren und äußeren Sicherheit auszugehen. Sie resultiert aus dem Nebeneinander von Klimawandel, verschiedenen internationalen Konfliktlagen, der Bedrohung im Cyberraum und einer höheren Anfälligkeit moderner Industrie- und Wissensgesellschaften.

Wir brauchen einen parteiübergreifenden Pakt für den Zivil- und Katastrophenschutz. Der Schutz unserer Bevölkerung geht uns alle an, weshalb wir ein klares Bekenntnis brauchen, welches auch Regierungswechsel überdauert. Das Bewusstsein in unserem Land hat sich aufgrund der aktuellen Lage und den Geschehnissen der letzten Jahre grundlegend verändert. Diese veränderte Wahrnehmung von Gefahren, die uns alle betreffen, macht einen **nachhaltigen und über viele Jahre dauernden Prozess der Verbesserung unseres Bevölkerungsschutzes unverzichtbar.**

Auf diese veränderte Situation angemessen zu reagieren, verlangt, nicht in Extreme zu verfallen, sondern Verantwortungsbewusstsein, Entschlossenheit und Zuversicht zu beweisen. Wir haben die Möglichkeiten und Kenntnisse, in Teilen auch noch die praktischen Erfahrungen, wie auf eine anspruchsvollere äußere und innere Gefährdungslage zu reagieren ist. Die Ankündigung der Bundesregierung, dem im Bereich der **Verteidigungsausgaben** mit einem 100 Mrd. EUR schweren Sondervermögen Rechnung zu tragen, ist ein notwendiges und richtiges Signal. Es ist in der Sache dringend erforderlich und dokumentiert gegenüber unseren Partnern die deutsche **Bündnisfähigkeit**, setzt aber vor allem auch ein überfälliges Zeichen der Solidarität und Wertschätzung gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten. Es ist notwendig, dass dieses Sondervermögen rasch eingerichtet und zielgerichtet eingesetzt wird.

Die zweite Dimension einer effektiven Verteidigung findet im Innern statt. **Zivile Verteidigung** und im engeren Sinne der **Zivil- und Katastrophenschutz** bedürfen gleichfalls einer deutlichen Aufwertung – politisch und funktional ebenso wie personell und finanziell. 100 Mrd. EUR für die Bundeswehr müssen daher in einem Betrag von etwa 10 Mrd. EUR auf Bundesebene ihre Entsprechung finden und durch weitere Ausgaben auch auf Landesebene ergänzt werden. Denn beide Bereiche, äußere und innere Verteidigung, sind zwei Seiten einer Medaille und stehen nicht miteinander in Konkurrenz. Dabei stehen im Bevölkerungsschutz zunächst auch organisatorische Maßnahmen im Vordergrund. Die Einrichtung und gemeinsame Trägerschaft eines Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz (GKoB) beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ist ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung hin zu einem effektiveren und länderübergreifend handlungsfähigen Zivil- und Katastrophenschutz. Das GKoB bildet die organisatorische und operative Grundlage, um davon ausgehend ein **gemeinsames Krisenmanagement und dringend benötigte föderale Führungsstrukturen** zu etablieren.

Auch wenn der Brand- und Katastrophenschutz auf Landes- und kommunaler Ebene für die Aufgaben der täglichen Gefahrenabwehr vor Ort gut gerüstet ist, bedarf es wie bei der Bundeswehr einer **materiellen Verstärkung unserer überörtlichen und nationalen Fähigkeiten** sowie des Auf- und Ausbaus von **Spezialressourcen**. Dabei geht es zunächst um ein leistungsfähiges, modernes und modulares Warnsystem zu denken, ferner um ein belastbares nationales Lagebild mit den dafür erforderlichen professionellen Strukturen, ein gemeinsames Management für vorhandene Ressourcen sowie die Ergänzung um spezielle Einsatzmittel und Fähigkeiten, die in der Fläche nicht vorgehalten werden können.

Entscheidend dabei ist: Gerade die Stärkung der inneren Verteidigungsfähigkeit erfordert ein **Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen**. Alle staatlichen Ebenen sind gefordert, hierzu ihren Beitrag zu leisten, so wie sie auch gemeinsam die erforderlichen Entscheidungen fällen und Planungen bestreiten müssen. Einzelne Länder wie Niedersachsen haben hier zuletzt die Initiative ergriffen und gehen mit eigenen Investitionen in den Zivil- und Katastrophenschutz in Vorleistung. Diese Initiativen sollten vom Bund aufgenommen werden und in ein gemeinsames Konzept, einen **ebenenübergreifenden Finanz- und Aktionsplan für den Zivil- und Katastrophenschutz** münden. Hierfür ist nicht unbedingt ein neues Sondervermögen, aber vor allem kein Anteil an Fonds für die Bundeswehr erforderlich. Viel wichtiger ist eine Übereinkunft und die gemeinsame Vereinbarung, in den kommenden Jahren die notwendigen Mittel für den gegebenen Investitionsbedarf aufzubringen und abgestimmt umzusetzen.

Dabei sollten zu Beginn planerische und organisatorische Maßnahmen im Vordergrund stehen. Der Bund könnte seine Investitionen auf spezifische Fähigkeiten – etwa ein bundesweit einheitliches Warnsystem und leistungsfähige Flugmuster – konzentrieren. Dies würde gerade zu Beginn einen finanziell und organisatorisch **leistbaren Einstieg in den Aufwuchs der Mittel und Ressourcen** ermöglichen. Weitere Schritte sollten durch die bewährten Verfahren einer Gemeinschaftsfinanzierung von Bund und Ländern bestritten werden, ergänzt um regions- und raumspezifische Schwerpunktsetzungen der einzelnen Länder und Kommunen. Entscheidend bei alledem ist, dass sich die gebietskörperschaftlichen Ebenen im Rahmen der Zivilen Verteidigung und des Bevölkerungsschutzes auf **gemeinsame Ziele, Schwerpunkte, Standards, Strukturen und Verfahren** verständigen, niedergelegt in dem gemeinsamen Finanz- und Aktionsplan.

Themen- und Einsatzbereiche, die den schrittweise zu realisierenden Investitions- und Handlungsbedarf veranschaulichen, sind insbesondere die folgenden:

- Sicherstellung der **Warnung der Bevölkerung** durch Ausbau des modularen Warnsystems MoWaS, durch den Ausbau der Warn-App NINA und den Aufbau von Cell Broadcast. Kosten: 400 Mio. EUR, Dauer: 5 Jahre.
- Erweiterung des **Sirenen-Förderprogramms** ergänzend zu NINA und Cell Broadcast zusätzlich durch flächendeckende moderne Sirenen. Kosten: 1 Mrd. EUR, Dauer: 8 Jahre.
- Erstellung eines digitalisierten **360-Grad Lagebildes Katastrophen-/Zivilschutz** unter Beteiligung aller Akteure im Bevölkerungsschutz. Kosten: 20 Mio. EUR, Dauer: 3 Jahre.
- Die Fähigkeit zur **strategischen Luftverlegung** von Einsatzkräften und Material durch fünf mittlere Transporthubschrauber, nutzbar für Verlegung von mehreren Verletzten über große Strecken auch bei ausgefallener (Verkehrs-)Infrastruktur, idealerweise aber auch für Flächenbrandbekämpfung. Kosten: 200 Mio. EUR, Dauer: 5 Jahre.
- Aufbau der Zivilschutzreserve des Bundes für den Bereich **Betreuung** (20 Module „Labor 5.000“). Kosten: 440 Mio. EUR, Dauer: 6 Jahre.
- **Sanitätsmaterialbevorratung** im Gesundheitlichen Bevölkerungsschutz zur Bewältigung von Massenankünften von Verletzten und kontaminierten Personen. Kosten: 50 Mio. EUR, Dauer: 8 Jahre.

- Stärkung der **ergänzenden Ausstattung für den Zivil- und Katastrophenschutz, insbesondere CBRN** mit grundlegenden Fähigkeiten im Bereich Detektion von chemischen, biologischen, radiologischen Gefahren. Kosten: 800 Mio. EUR, Dauer: 8 Jahre.
- **Nationale Reserve Notstrom** für langanhaltende flächendeckende Stromausfälle (Blackouts) aufgrund eines kontinuierlichen, u.a. durch militärisch bedingte hybride Angriffe steigenden Risikos mit einer dezentralen mobilen nationalen Reserve Notstrom bei leistungsstarken Feuerwehren. Kosten: 200 Mio. EUR, Dauer: 5 Jahre.
- **Sicherstellung der Trinkwasserversorgung nach dem Wassersicherstellungsgesetz (WasSG)** durch die Schaffung eines leitungsunabhängigen Versorgungssystems durch Bau und Wartung von Trinkwassernotbrunnen und durch die Bereitstellung mobiler Komponenten. Kosten: 160 Mio. EUR, Dauer 5 Jahre.
- **Resiliente Bevölkerung** durch multimediale Informationskampagnen, direkte Ansprachen vor Ort, Schulungsangebote vor Ort und durch entsprechende physische und virtuelle Medien und Materialien. Kosten: 200 Mio. EUR, Dauer: 6 Jahre.
- Aufbau von **Entwicklungs- und Schulungsinfrastruktur für den Zivilschutz und die Zivile Verteidigung** durch ein nationales Entwicklungs- und Erprobungszentrum und Ausbau/Weiterentwicklung der BABZ-Standorte in Ahrweiler und Stralsund. Kosten: 420 Mio. EUR, Dauer: 8-10 Jahre.
- **Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen** inkl. Ressort- und ebenenübergreifender geschützter Kommunikationsfähigkeit sowie einer zugehörigen Infrastruktur für Ausweichsitze relevanter Behörden. Kosten: 4 Mrd. EUR, Dauer: 10 Jahre.
- **Ausbau der Strukturen für den flächendeckenden physischen Schutz der Bevölkerung** durch Schutzräume bzw. alternative Schutzmöglichkeiten von einem derzeit gegebenen Rahmen für 1% der Bevölkerung auf ein europäisch vergleichbares Niveau (Schweiz 100%, Schweden 80%, Finnland 70%). Kosten: 2 Mrd. EUR, Dauer: 10 Jahre.